

IT-Anwendungen in der österreichischen Justiz: "Justiz-online"

Information

Stand: Mai 2006



1. Unternehmen Justiz

Die österreichische Justiz leistet als leistungsfähiges und innovatives Unternehmen einen unverzichtbaren Dienst an der Gesellschaft. Mit einem "Jahresumsatz" von 976 Mio Euro und rund 11.400 Mitarbeitern handelt es sich bereits um ein Großunternehmen.

Der Blick auf die Einnahmen beweist, dass die Justiz ein effizient geführtes Unternehmen ist: rund 74 Prozent der Ausgaben sind durch Einnahmen abgedeckt.

Dabei ist zu bedenken, dass die Justiz auch große und sehr verantwortungsvolle Aufgaben (z. B. im Strafvollzug) erfüllt, aus denen naturgemäß keine Einnahmen erwirtschaftet werden können.

Kennzahlen für das Jahr 2006:

Bundesvoranschlag:

- Ausgaben 976 Mio EUR
- Einnahmen 727 Mio EUR
- IT Budget 44 Mio EUR

Mitarbeiter des Justizressorts: 11.600

2. Verfahrensautomation Justiz

Die Verfahrensautomation Justiz (VJ), die 1986 mit dem Mahnverfahren begonnen hat und inzwischen 47 gerichtliche Verfahrenstypen unterstützt, wurde mit dem Projekt REDESIGN einer kompletten Erneuerung unter Einsatz von aktueller Internettechnologie unterzogen. Das um zusätzliche Funktionen, die vor allem aus dem Benutzerbereich gefordert wurden, erweiterte System ermöglicht eine noch raschere und einfachere Verfahrensabwicklung im Gerichtsbereich.

Funktionen:

- Fallverwaltung
- Automatische Poststraße im Bundesrechenzentrum
- Statistiken (Leitungskennzahlen)
- Gerichtsgebühren
- Österreichweites Namensverzeichnis
- Integrierte Textverarbeitung (Textbausteinsystem für Beschlüsse, Ladungen usw.)
- Sozialversicherungsanfrage (insbesondere Ermittlung des unbekanntem Drittschuldners/Arbeitgebers bei der Gehaltsexekution)
- Elektronischer Rechtsverkehr
- Veröffentlichungen im Internet in der Ediktsdatei
- Externe Abfragen (§ 73a EO: Geschäftsbehelfe des Exekutionsverfahrens für Rechtsanwälte, Notare, öffentlich-rechtliche Körperschaften zur Führung von Gerichtsverfahren und seit 1. Jänner 2004 elektronische Fallabfrage)
- Onlinehilfe

Kennzahlen für 2005:

- 7.800 Benutzer (davon 1.900 Richter und Staatsanwälte)
- jährlich 3,4 Mio Verfahren
- rund 10 Mio Postsendungen

3. Elektronischer Rechtsverkehr (ERV)

Der elektronische Rechtsverkehr mit den Gerichten wurde bereits 1990 als Kommunikationsmittel mit den Parteien gleichberechtigt neben dem Papier in der Verfahrensordnung eingeführt. Die österreichische Justiz ist damit "IT-Weltmeister", da weltweit kein Land bekannt ist, in dem ein elektronischer Rechtsverkehr bereits vorher eingeführt wurde.

Als eine der herausragendsten e-Government-Applikationen in Europa wurde der elektronische Rechtsverkehr im Jahre 2001 mit dem von der EU verliehenen e-Government-Label ausgezeichnet.

Der elektronische Rechtsverkehr ermöglicht die elektronische Übermittlung von Eingaben und die automatische Übernahme der Verfahrensdaten in die Verfahrensautomation Justiz. Die damit im Endausbau erzielbare Personaleinsparung der Justiz wird auf 133 Personalkapazitäten geschätzt.

Seit Juli 1999 ist auch die Gegenfahrbahn auf dem "Datenhighway der Justiz" eröffnet: auch Zustellungen von gerichtlichen Schriftstücken sind im sogenannten "Rückverkehr" elektronisch möglich. Damit wurden 2005 Einsparungen (mit steigender Tendenz) von über 2,9 Mio EURO an Portogebühren erzielt.

Derzeit wird der elektronische Rechtsverkehr auf eine neue technische Basis gestellt, die unter anderem die Möglichkeit eröffnet, dem elektronisch übermittelten Schriftsatz auch Beilagen in Form von Attachments anzuschließen.

Kennzahlen für 2005:

6,5 Mio Sendungen, das sind:

- 2,2 Mio Eingaben,
- das entspricht mehr als 85 % der Mahnklagen und
- mehr als 60 % der Exekutionsanträge;
- 4,3 Mio elektronische Sendungen über den Rückverkehr

4. Grundbuch

In Zusammenarbeit von Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (damals für Bauten) und Bundesministerium für Justiz entstand im Bundesrechenzentrum anfangs der 80-Jahre die Grundstücksdatenbank, die in den Gerichten die automationsunterstützte Führung des Grundbuchs und in den Vermessungsämtern die automationsunterstützte Führung des Katasters ermöglicht.

Seit 1986 ist die sogenannte "Auswärtige Abfrage" möglich: Jedermann kann seit damals das Grundbuch im Büro oder zu Hause einsehen.

Seit 1.7.1999 ist die auswärtige Abfrage über das Internet durchführbar. Für die auswärtigen Zugriffe auf die Grundstücksdatenbank wurden Verrechnungsstellen eingerichtet.

(Weitere Informationen unter: <http://www.justiz.gv.at/grundbuch/index.php?nav=93>)

Um der technischen Entwicklung auch dieser Applikation Rechnung zu tragen und die stetig wachsenden Anforderungen der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung, aber auch der Justiz selbst bestmöglich zu erfüllen, wurde ein Projekt zur grundlegenden technologischen Erneuerung der Grundstücksdatenbank in all ihren Anwendungen in Angriff genommen.

Daneben wird derzeit an der Einbindung des elektronischen Urkundenarchivs gearbeitet, wobei im Laufe des Jahres 2006 der Rollout der elektronischen Urkundensammlung bei den Grundbuchgerichten abgeschlossen werden kann. Der aktuelle Stand der Umstellung der Grundbuchgerichte kann der Ediktsdatei der Justiz <http://www.edikte.justiz.gv.at> (Kundmachungen der Gerichte) entnommen werden.

Kennzahlen für das Jahr 2005:

- 3 Mio aufrechte Grundbuchseinlagen (Eintragungseinheit im Grundbuch)
- 10,4 Mio Grundstücke
- 669.000 Eintragungsvorgänge
- 167.200 Grundbuchsabschriften bei Gericht
- 6,6 Mio externe Abfragen über die Verrechnungsstellen

5. Firmenbuch

Nach dem Erfolg des Grundbuchs wurde in ähnlicher Weise das Handelsregister auf Automationsunterstützung umgestellt. Außerdem wurde eine Anpassung des Handelsregisterrechts an moderne Verhältnisse vorgenommen: Seit 1.1.1991 gilt das Firmenbuchgesetz: das Handelsregister ist nun das Firmenbuch und umfasst nicht nur die Kaufleute, sondern auch die Genossenschaften und Privatstiftungen. Seitdem gibt es auch die "Auswärtige Abfrage" im Firmenbuch.

(Weitere Informationen unter: <http://www.justiz.gv.at/firmenbuch/index.php?nav=104>)

Die elektronische Übermittlung der Jahresabschlüsse wurde 2001 eingeführt. Die Bekanntmachung der Eintragung entsprechend den Vorschriften des Handelsrechts erfolgt vollautomatisch in der Ediktsdatei.

Seit Beginn 2003 werden bei unveränderter Datenbank alle Programme des Firmenbuchs von älterer Software auf moderne Web-Sphere-Software und Java umgestellt. Dabei wird auch hier die Benutzeroberfläche bei Gericht in Anlehnung an die Verfahrensautomation Justiz gestaltet. Diese Modernisierung ist Voraussetzung auch für die Einführung des ERV im Firmenbuch und wird gegen Mitte 2006 abgeschlossen sein.

Die Umstellung der Urkundensammlungen aller Firmenbuchgerichte auf elektronische Archivierung (siehe unter 8. "elektronisches Urkundenarchiv") konnte Anfang Juli 2005 abgeschlossen werden.

Kennzahlen für das Jahr 2005:

- 173.000 aufrecht eingetragene Rechtsträger
- 216.000 Geschäftsfälle
- 12.000 Firmenbuchabschriften bei Gericht
- 2,2 Mio externe Firmenbuchauszüge über die Verrechnungsstellen

6. Insolvenzverwalterdatei und Sachverständigenliste

In diesen Datenbanken sind – inklusive Dolmetschern – die genannten Personen für die jeweiligen Funktionen mit ihren speziellen Qualifikationen verzeichnet. Sie stehen primär den Gerichten zur Auswahl für Gerichtsverfahren zur Verfügung, werden aber auch über das Internet der Öffentlichkeit zur Abfrage angeboten. Damit wird auch die Verteilung der Gerichtsfälle zu diesen Personen sowie eine sichere Übermittlung von Sachverständigengutachten und Gerichtsakten ermöglicht.

Die Sachverständigen- und Dolmetschlisten werden seit Anfang 2004 im Intranet der Justiz und im Internet unter der Website <http://www.sdgliste.justiz.gv.at> angeboten.

Für Sachverständige, Dolmetscher und Insolvenzverwalter besteht die Möglichkeit, bestimmte Daten in der SDG-Liste bzw. der Insolvenzverwalterdatei (Adresse, Telefon, E-Mail etc.) unter Verwendung eines geeigneten Zertifikats selbst zu warten.

Seit 2005 steht der neue SV-Dolmetscherausweis zur Verfügung, der dem Standard der Bürgerkarte entspricht.

7. Ediktsdatei (Insolvenzdatei, Liegenschaftsversteigerungen, Firmenbuchveröffentlichungen, ...)

Seit 1.1.2000 werden Insolvenzen (Konkurse, Ausgleiche, Schuldenregulierungen) ausschließlich und rechtsverbindlich im Internet bekanntgemacht. Die Veröffentlichungskosten konnten damit um 95 % gesenkt werden. Über das Internet (<http://www.edikte.justiz.gv.at>) kann jeder Internet-Benutzer gratis auf den aktuellsten Stand zugreifen. Die Daten werden "auf Knopfdruck" aus dem Insolvenzregister der VJ automatisch in die Insolvenzdatei gestellt. Tags darauf erlangen Insolvenzeröffnungen auch Rechtswirksamkeit.

Seit dem Jahr 2001 sind auch Versteigerungsedikte von Liegenschaften und Bekanntmachungen von Firmenbucheintragungen sowie Ediktalzustellungen im Firmenbuch in der Ediktsdatei abrufbar.

Anfang 2003 wurde die Ediktsdatei um die Versteigerungsedikte der Fahrnisexekution und um die Eigentümersuche in Strafverfahren erweitert.

Seit 1. 1. 2005 erfolgen alle Veröffentlichungen, die in Gerichtsverfahren vorgesehen sind, ausschließlich in der Ediktsdatei. Beispielhaft seien Veröffentlichungen im Verlassenschafts-, Kraftlos- und Todeserklärungsverfahren sowie die Kuratorenbestellungen erwähnt.

Die Ediktsdatei wurde in Österreich mit dem Ökomanager Preis 2000 der WKÖ und der Justitia 2000 ausgezeichnet.

Kennzahlen für August 2005:

- 43.825 offene Insolvenzverfahren
- rund 1,1 Millionen Abfragen pro Monat

8. Elektronisches Urkundenarchiv

Bei der Umstellung von Grundbuch und Firmenbuch auf IT-Einsatz wurde seinerzeit aus technischen Gründen davon Abstand genommen, die Urkundensammlungen dieser Gerichtssparten ebenfalls auf elektronische Speicherung und Dokumentation umzustellen. Nun hat sich die Technik zur Archivierung von Dokumenten erheblich weiter entwickelt; Anstöße und Anforderungen aus der Praxis der Rechtsanwender zeigen die Notwendigkeit auf, auch hier das Gerichtswesen mit Hilfe der IT zu modernisieren.

Das Bundesministerium für Justiz hat seit Sommer 2003 in einem Pilotversuch im Bereich Firmen- und Grundbuch diese Art der Urkundenablage getestet und eine öffentliche Ausschreibung eines allgemeinen – also auch für andere Gerichtsverfahren nutzbaren – zentralen Urkundenarchivs veranlasst.

Für die Gerichte soll ein zentrales Urkundenarchiv entstehen, das für alle Arten von Anwendungen und Verfahren genützt werden kann. Es wird die Möglichkeit bestehen, vom Gericht aus in jeder Applikation und in jeder Verfahrensart Dokumente (z.B. elektronisch unterzeichnete Verträge) in dieser Datenbank zu archivieren und einen Link dazu herzustellen (beispielsweise wenn ein Vertrag oder Dokument im Grundbuch, Firmenbuch und auch in einem Zivilprozess gebraucht wird).

Bereits seit 11. Juli 2005 werden die Urkundensammlungen aller Firmenbuchgerichte nur mehr elektronisch geführt. Der im elektronischen Urkundenarchiv eingespeicherte Dateninhalt gilt bis zum Nachweis des Gegenteils als Original der Urkunde („Originalfiktion“).

Damit wurde ein weiterer Schritt zu optimierten und serviceorientierten Verfahren plangemäß umgesetzt. Seit Anfang 2006 werden auch die Urkundensammlungen der Grundbücher auf diese Technik umgestellt.

9. Integrierte Vollzugsverwaltung

Die "Integrierte Vollzugsverwaltung" hat die umfassende Automationsunterstützung in der Verwaltung der Insassen der Justizanstalten zum Ziel. Nach längeren Vorarbeiten ging mit Ende 1999 die erste Version in Echtbetrieb: Sie umfasst die Insassenevidenz, die Verwaltung des Haftraums, die Planung und Verwaltung von Überstellungen und - besonders wichtig für die Entlastung der Justizwache - eine automatische Berechnung des Strafendes und aller davon abhängigen Fristen.

Zwischenzeitlich folgten weitere Module: Termine, Abwesenheiten, Depositen, Gefangenengelderverwaltung, Arbeitsvergütung.

Derzeit erfolgt der weitere Ausbau in den Bereichen Löschen von Daten zufolge Tilgung der Verurteilung, Einbindung der Sozialen Dienste, Generierung von Kennzahlen und „IV für Richter und Staatsanwälte“.

Am Datenaustausch mit den erkennenden Gerichten (Übermittlung der Strafvollzugsanordnungen, Vollzugsbericht), den Vollzugsgerichten (Vorbereitung und Entscheidung über bedingte Entlassung) und den Sicherheitsdienststellen (Verhaftung, Einlieferung) wird gearbeitet.

Seit Ende September 2002 besteht in bestimmten Fällen überdies die Möglichkeit, Videokonferenztechnologie zur Erstanhörung von Häftlingen einzusetzen, womit die außerplanmäßigen Überstellungen (insbesondere zum Wochenende) deutlich reduziert werden können.

Kennzahlen für das Jahr 2005:

- 14.500 Haftantritte aus Freiheit (U-Haft, Strafhaft, Verwaltungshaft, etc.)
- 8.900 Häftlinge durchschnittlicher täglicher Belag

10. Unterhaltsvorschüsse

Im Jahr 1976 wurde auf Betreiben von Justizminister Christian Broda das Unterhaltsvorschussgesetz beschlossen. Der Nutzen für die Erziehungsberechtigten war und ist, dass der Staat bei Unterhaltszahlung Vorleistungen erbringt, wobei der gewährte Vorschuss von den Schuldnern rückgefordert wird.

Als erste EDV-Anwendung im Justizbereich wurde im Herbst 1976 unter starkem Zeitdruck dafür ein IT-Verfahren entwickelt. Mit dieser implementierten HOST-Lösung konnten Daten erfasst und monatliche Ansprüche ausbezahlt werden.

In 4 Oberlandesgerichten wurden Unterhaltsvorschuss-Abteilungen eingerichtet, die meist der Buchhaltung untergeordnet waren.

Im Dezember 1976 wurden die ersten Auszahlungen in der Höhe von ca. ATS 2.750.000,-- für ca. 2.500 Unterhaltsvorschuss-Fälle vorgenommen.

Entwicklungsgeschichte:

Anfänge:

Ab 1977 wurde die Anwendung permanent weiterentwickelt und den Bedürfnissen der Anwender angepasst:

- Verbuchen und Gegenrechnen von einlangenden Rückzahlungen der Schuldner
- Kontrolllisten
- Statistiken
- Abrechnungsblätter für die Jugendämter

Vom HOST zum PC:

Ab 1999 erfolgte ein technologischer Generationswechsel der Anwendung, die zentrale HOST-Anwendung wurde durch eine PC-Lösung in Webtechnologie ersetzt. Bei der Fertigstellung mit 1.1.2002 gab es folgende Neuerungen:

- Neue Technologie (Webanwendung am PC, Datenbanklösung)
- Einbindung der Unterhaltsschuldnerdaten
- Währungsumstellung

Seit 2002 wird das Verfahren laufend weiterentwickelt:

- Einbindung von manuellen Arbeitsprozessen
- Elektronische Schnittstellen zu anderen Verfahren

Zahlen und Kenngrößen:

Anwender:

In 4 Oberlandesgerichten gibt es insgesamt ca. 60 Anwender.

Auszahlungsentwicklung:

Stichtag	Anzahl UV-Fälle	Auszahlungsbetrag in Euro
1.1.1977	6.923	941.115,94
1.1.1980	19.506	1.653.770,31
1.1.1990	27.763	3.567.979,52
1.1.2000	37.060	6.894.761,63
1.1.2006	43.092	8.396.910,04

Datenvolumen (Stand April 2006):

Stammdatensätze gesamt:	180.000
Stammdatensätze aktuell:	44.000
Auszahlungen monatlich:	8.5 Mio EUR
Rückzahlungen monatlich:	3.7 Mio EUR

11. Einbringungsstelle

Die IT-Lösung EB – Einbringungsstelle – unterstützt die Einbringungsstelle (EBSt) bei der bundesweiten Eintreibung von Gerichtsgebühren, Kosten, Geldstrafen aller Art, Unterhaltsvorschüssen und bei der Gewährung von Zahlungserleichterungen nach §9 GEG.

Hauptzweck der EBSt ist die Sicherstellung der Zahlungsmoral der Zahlungspflichtigen.

Die vorangigen Ziele der EBSt sind:

- Eine hohe Einbringungsquote unter möglicher Schonung des Zahlungspflichtigen
- Eine hohe Anzahl von erledigten Akten pro Jahr

Das Einbringungsvolumen beträgt derzeit monatlich im Schnitt 1 Mio EUR.

Entwicklungsgeschichte:

Im Jahr 2003 wurde in der EBSt ein IT-Projekt gestartet, das als Ziel die Reorganisation der Bearbeitung von Zahlungs- und Einbringungsaufträgen hatte.

Grund dafür war, dass die damals bestehende Anwendung die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit erreicht hatte.

Darüber hinaus führte die verwendete, jedoch nicht mehr zeitgemäße Software (dBase) zu einer mangelhaften Ausnutzung von elektronischen Schnittstellen zu angrenzenden Prozessen.

Die technische Anforderung an die neue IT-Lösung für die EBSt war:

- Errichtung einer Web-Anwendung mit einer Oracle Datenbank
- Betrieb der Anwendung im Bundesrechenzentrum mit hoher Ausfallsicherheit

Folgende Funktionalitäten wurden im Zuge des Projektes umgesetzt:

- Umstellung des bestehenden Verfahrens mit Beibehaltung des notwendigen Funktionsumfangs
- Migration aller Daten
- Ausdruck auf lokalem Drucker
- Historisierung von Personen
- Übermittlung aller exekutierbaren Zahlungsaufträge in elektronischer strukturierter Form vom Verfahren Justiz an die EBSt
- Übermittlung aller exekutierbaren Einbringungsaufträge in elektronisch strukturierter Form vom Verfahren Unterhaltsvorschuss an die EBSt
- Automatische Abfrage von Drittschuldern beim Hauptverband der Sozialversicherungsträger
- Aufbereitung von Reports und Statistiken

Das Verfahren EB wird laufend in Form von Projekten mit folgenden Zielen weiterentwickelt:

- Einbindung von manuellen Arbeitsprozessen
- Schaffung elektronischer Schnittstellen zu anderen Verfahren

Zahlen und Kenngrößen:

Anwender:

In der zentral für den Bund tätigen EBSt sind ca. 35 Anwender tätig.

Kennzahlen:

	zum Stichtag 01.01.2005	zum Stichtag 01.04.2006
Anzahl Akten	971.610	1.076.599
Anzahl Schuldner	866.530	937.923

Das Einbringungsvolumen monatlich beträgt ca. 1 Mio EUR.

12. Rechtsinformationssystem (RIS)

Das vom Bundeskanzleramt betriebene Rechtsinformationssystem des Bundes ist im heutigen Gerichtsalltag als das Medium zur raschen Suche von gerichtlichen Entscheidungen hauptsächlich im Rahmen der Judikatordokumentation Justiz, aber auch für das Auffinden von Gesetzesquellen und Literatur unabdingbar geworden. Dieses Instrument steht den Mitarbeitern der Justiz an ihren Arbeitsplätzen zur Verfügung.

Die auf Internettechnologie basierende neue Form des RIS ermöglicht eine noch effizientere Suche von gewünschten Informationen und damit auch eine raschere Entscheidungsfindung. Wichtige Teile des RIS - wie zB die Rechtsvorschriften oder die Entscheidungen des VwGH und VfGH sowie der ordentlichen Gerichte - sind bereits im Internet für die Allgemeinheit kostenlos zugänglich (<http://www.ris.bka.gv.at>).

Kennzahlen für August 2005:

- mehr als 300.000 Abfragen über das Behördenintranet und
- rund eine Million Abfragen über das Internet auf „Judikatur Justiz“
- 81.000 Entscheidungen und 120.000 Rechtssätze insbesondere des OGH in Zivil- und Strafsachen

13. Spracherkennung - Test in der Justiz

Um die erst sehr junge Technologie der Spracheingabe, also das Erstellen von geschriebenen Texten mittels Sprechen in den Computer, auch für den Alltag im Gerichtsbetrieb zu testen, wurden neun Richter aus unterschiedlichen Instanzen, Sparten und Regionen sowie eine Staatsanwältin zu einem Testbetrieb mit den Programmen von IBM "Voice Type Simply Speaking" und später "Via Voice" und von Dragon "Dragon Naturally Speaking" aufgerufen. Die Programme wurden zusätzlich mit justizeigenem Fachvokabular (u.a. aus 20.000 Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes) angereichert. Bei der Spracheingabe sowohl von Verhandlungsprotokollen als auch von Entscheidungen wurden unterschiedlich gute Ergebnisse bei den Fehlerquoten erzielt.

Noch im Laufe des Jahres 2006 sollen rund 100 Richter, Staatsanwälte und Rechtspfleger mit dem Programm „Dragon Naturally Speaking 7.0“ ausgestattet werden.

14. Internet Homepage Justiz – www.justiz.gv.at

Unter dieser Web-Adresse bietet die Homepage Justiz in den Sprachen Deutsch, Englisch und Französisch grundlegende Informationen über die wesentlichen Justizbereiche, die Gerichte, die Staatsanwaltschaften, den Strafvollzug und die Bewährungshilfe. Als meistgenutztes Feature steht eine Datenbank mit den Adressen, Telefonnummern, übersichtlichen Anfahrtsplänen und weiteren Detailinformationen aller österreichischen Gerichte zur Verfügung. Mit Eingabe eines Ortsnamens erhält der Benutzer von der Datenbank das örtlich zuständige Gericht mit allen Überinstanzen angezeigt. Eine eigenständige, internationale Version der österreichischen Gerichtsdatenbank gibt es unter <http://www.courts.justiz.gv.at>.

Ausführlichere und tiefergehende Informationen aus dem Justizbereich werden in der Rubrik „Broschüren“ zum Download angeboten. Eine multimediale Einführung in wichtige Rechtsbereiche (Verfahrenshilfe, Grundbuch, Scheidung ua.) bietet das neue Service „Bürgerinfo“ mit integriertem Justiz-Lexikon zu allen wichtigen Rechtsbegriffen. Für jene, die Rechtsberatung in konkreten Angelegenheiten suchen, steht eine Linkliste zu Institutionen, die unentgeltlich Rechtsberatung bieten, zur Verfügung.

Weiters werden Informationen über aktuelle legislative und sonstige Vorhaben des Justizressorts publiziert, um auch diesem Informationsbedürfnis der Bevölkerung zu entsprechen. Auch im Gesetzwerdungsprozess spielt die Website eine wichtige Rolle. Alle aktuellen Ministerialentwürfe sind auf der Website Justiz abrufbar, zusammen mit Erläuterungen und übersichtlichen Kurzinformationen zum Entwurf.

Im Jahre 2003 wurde die Web-Site entsprechend den Richtlinien der Web Accessibility Initiative (WAI) den Bedürfnissen Sehbehinderter und Blinder angepasst.

Anlässlich des EU-Ratsvorsitzes Österreichs im ersten Halbjahr 2006 wurde eine neue Rubrik „EU-Info“ eingerichtet, die relevante Justizthemen mit EU-Bezug anbietet.

15. Intranet Justiz Homepage

Die Intranet Justiz Homepage ist eine umfassende Informationsplattform mit dem Ziel, den Benutzern einen einfachen und raschen Zugriff zu Informationen sowie einen Einstieg in die zur Verfügung stehenden zahlreichen Webanwendungen zu bieten. Die Informationen werden in einem Redaktionssystem gesammelt und verwaltet. Anpassungen, Ergänzungen sind schnell und einfach möglich. Die Strukturierung erleichtert den Redakteuren die Pflege und ermöglicht den Benutzern schnelle, gezielte Zugriffe. Die Website gliedert sich derzeit in neun zentrale Themenbereiche: Aktuelles, Anwendungen, Fachinfo, Formulare, Schulung und Wissen, Personal, Daten und Fakten, IT und Links.

In der Rubrik Aktuelles werden auf der Einstiegsseite Neuigkeiten in Form von Schlagzeilen samt Bild präsentiert. In den weiteren Rubriken können Neuigkeiten gesondert angekündigt werden. Die Untergliederungen der Rubriken ermöglichen einen übersichtlichen Blick auf die darin befindlichen Inhalte.

Das Intranet wird laufend ausgebaut. Bestehende statische Webseiten und ähnliche Informationen werden durch das Intranet abgelöst. Andere Inhalte werden integriert und neue Funktionen werden eingebaut, sodass eine Entwicklung in Richtung Informationsportal erfolgt.

Nach einer ursprünglich einheitlichen Intranet Homepage für das gesamte Ressort erfolgte letztes Jahr eine inhaltliche Erweiterung und eine optische Erneuerung. Es wurde eine Art "Lokalisierung" eingeführt. Die Informationen im Redaktionssystem werden nach einzelnen Organisationsbereichen klassifiziert und stehen diesen dann gezielt zur Verfügung. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben der Oberste Gerichtshof, die Oberlandesgerichtssprengel, der Strafvollzug, die Oberstaatsanwaltschaft Wien und die Staatsanwaltschaft Wien eigene Einstiegsseiten, auf die die Bediensteten direkt geleitet werden. Dort finden sie zusätzlich zu den weiterhin verfügbaren allgemeinen Informationen und Links auch die Belange, die nur für den jeweiligen Bereich relevant sind. Damit wird den Bedürfnissen der Benutzer nach adäquater Unterstützung ihrer täglichen Arbeit noch besser entsprochen, was sich an der Verdreifachung der Zugriffszahlen von durchschnittlich 500.000 p.M. im Jahre 2004 auf etwa 1,5 Million p.M. im Jahr 2006 ablesen lässt.

Kennzahlen für März 2006:

- pro Arbeitstag durchschnittlich 66.000 Seitenzugriffe
- im März 2006 ca. 1,5 Mio Zugriffe

16. Netzwerk Justiz

Seit Beginn der 80iger Jahre hat die österreichische Justiz ein umfassendes IT-Netzwerk aufgebaut. Dieses Netzwerk unterstützt den flächendeckenden IT-Einsatz: alle Gerichte, alle Staatsanwaltschaften, alle Justizanstalten und natürlich das Bundesministerium für Justiz können über den Knotenpunkt Bundesrechenzentrum, wo alle großen Applikationen der Justiz laufen, zusammenarbeiten. Über das Bundesrechenzentrum findet auch die Kommunikation mit den anderen Ministerien, anderen Dienststellen und letztlich dem Bürger statt.

Das Netzwerk ist Grundlage für das e-Mail-System der Justiz (Lotus Notes) und für den Zugang der Justizbediensteten zum Internet.

In diesem Netzwerk Justiz sind derzeit etwa 220 Router, 360 Server und 10.500 Bildschirmarbeitsplätze eingerichtet. Vollausrüstung wurde im Februar 2001 erreicht. Die Umstellung des Betriebssystems von Windows NT auf Windows 2000 wurde bis zum Frühjahr 2005 abgeschlossen.

Die Nutzung eines Virtual Private Networks (VPN) mit mobilen Technologien vor allem für die Gerichtsvollzieher wurde im Jahr 2005 begonnen.

Die Entwicklung auf dem Gebiet der Breitbandtechnologie ermöglicht und die gestiegenen Anforderungen für den Datentransport im Netzwerk bedingen einen grundlegenden Ausbau des Netzes und einen Wechsel der eingesetzten Technologie; dies bei höchstens gleichbleibender Budgetbelastung. Die Bundesrechenzentrum GmbH wird als Betreiberin des Netzes ihre Leistungen auf diesem Gebiet erweitern.

17. European Business Register (EBR)

Seit 1.4.1999 (Start im Testbetrieb 1.4.1998) ermöglicht das EBR im Rahmen einer europäischen wirtschaftlichen Interessensvereinigung den Zugang zu den offiziellen Firmenbuchdaten von Frankreich, Italien, Belgien, Spanien, Irland, Lettland, Estland, den skandinavischen Ländern, Griechenland sowie Österreich über den jeweiligen nationalen Provider (in Österreich: Telekom Austria AG). Die deutschen Daten werden seit Mai 2001 von der Kreditreform zur Verfügung gestellt und sind daher derzeit noch nicht authentisch. Insgesamt sind 18 Millionen Firmen online abfragbar.

18. European Land Information System

Im Rahmen des e-Content-Programmes der EU erhielt ein Konsortium von acht für die Führung des Grundbuchs zuständigen Einrichtungen den Zuschlag für die Entwicklung eines europäischen Dienstes, der - wie das EBR für das Firmenbuch - den gesicherten Zugang zu den offiziellen Grundbüchern und Katastern ermöglichen soll. Beteiligt sind:

- Cadastre and Public Registers, Holland,
- Bundesministerium für Justiz, Österreich (mit Unterstützung des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen),
- HM Land Registry, England und Wales,
- Landmateriet, Schweden,
- Universität Lund, Schweden,
- Maanmittauslaitos, Finnland,
- Norsk Eiendomsinformasjon, Norwegen,
- Registers of Scotland, Schottland,
- State Land Cadastre and Register, Litauen.

Dieses Projekt wurde erfolgreich mit Erstellung des Demonstrators (siehe <http://www.eulis.org>) abgeschlossen. Das Konsortium hat beschlossen, die Arbeiten an EULIS nicht einzustellen und das Projekt wie das EBR zu einem funktionierenden, kommerziell nutzbaren System fortzuführen.

19. ELAK im Bund

Seit dem 14. April 2004 wird der Elektronische Akt (ELAK im Bund, Fabasoft eGov Suite V5.05) in der Zentralstelle des BMJ flächendeckend eingesetzt. Dieses Internet-basierte Aktenverwaltungs- und -verfolgungssystem wurde im März 2005 vom BMJ abgenommen und ist derzeit in der weiter entwickelten Version eGov-Suite 6.0.6. in Betrieb.

20. Masterplan e-Government

Im Rahmen der Initiative der österreichischen Bundesregierung für den Ausbau des e-Government (siehe Beschluss vom 13.5.2003 zum Ministerrat 9/47) ist die Justiz im Masterplan Bund mit vier Vorhaben berücksichtigt, die der Fortentwicklung der Justizapplikationen entsprechen:

- ERV im Firmenbuch
- Zentrales Urkundenarchiv
- Sachverständigen/Dolmetscherliste (bereits umgesetzt)
- ERV im Grundbuch

21. Portalverbund

Der vom IKT-Board entwickelte Portalverbund erlaubt in gesicherter Weise die Kommunikation zwischen einem Stammportal und einem Anwendungsportal: das Stammportal authentifiziert den User; das Anwendungsportal erfüllt ohne weitere Prüfung die vom Stammportal kommenden Anforderungen.

Diese Technologie wird in Zukunft verbreitet eingesetzt werden, um die Anwendungen von der Verwaltung der Berechtigungen auswärtiger Benutzer zu entlasten.

Im Firmenbuch wurde dies für Abfragen durch die Bundesländer und Gemeinden von der Bundesrechenzentrum GmbH (Portal Austria) eingerichtet.

Soweit die Benutzer der Justiz als externe Abfrager auftreten, wie z.B. bei Strafregister, Fahndungsabfrage und Zentralem Melderegister, wird ein Portalverbund mit dem Bundesministerium für Inneres gestartet, das derzeit noch für fast 4000 User der Justiz die Berechtigungen verwalten muss.

22. Identity Management Justiz (IMJ)

Das Österreichische Justizministerium hat mit der Einführung eines Identitätsmanagementsystems (IMJ) begonnen. IMJ ist ein integriertes System, das dem Justizministerium die konsolidierte Verwaltung der internen Benutzer und deren Zugriffsberechtigungen zu internen Justizanwendungen und externen Anwendungen im Rahmen des Portalverbunds¹ ermöglicht. IMJ besteht aus mehreren zusammenhängend Lösungen. Ziel ist es, die derzeit auf verschiedenen Verzeichnissen und Anwendungen vorhandenen getrennten Profile für die Benutzerauthentisierung, Benutzerrechte und Kennwörter in einem zentralen Metaverzeichnis zu vereinen.

Die folgenden Funktionen werden von IMJ unterstützt:

- Zentrales Metaverzeichnis für die Verwaltung der Justizbenutzer
- Synchronisierung der personenbezogenen Daten der bereits vorhandenen Verzeichnisse mit dem Metaverzeichnis
- Rollenbasierende Zugriffsberechtigung für interne Anwendungen und externe Anwendungen im Rahmen des Portalverbunds
- Delegation der Verwaltung von Zugriffsberechtigungen zu dezentralen Justizstellen
- Selbstservice für das Kennwortzurückstellen (z.B. Kennwort vom Benutzer vergessen)
- Enterprise/Legacy/Web-Zugriffe (zu internen und externen Anwendungen über ein Portal)
- Single Sign-On (SSO) für interne Anwendungen und externe Anwendungen im Rahmen des Portalverbunds

Das Replizieren/Synchronisieren der verschiedenen Verzeichnisse ist ein wichtiger Teil eines Identitätsmanagementsystems. Für den Abgleich der Daten aus den unterschiedlichen Verzeichnisdiensten und Datenbank wird ein Metadatenverzeichnissystem implementiert, das den Abgleich von Daten als führendes System unterstützt. Die Daten, die synchronisiert werden, sind personenbezogene Einträge in den unterschiedlichen Verzeichnissen, die Benutzerprofile und Authentisierungsmerkmale oder Rollen für die Berechtigungen enthalten. Die Synchronisierung stellt sicher, dass der Zugang zu allen internen und externen Anwendungen mittels Portalverbund mit aktuellen Berechtigungs- und Authentisierungsdaten erfolgt.

¹ Der Portalverbund ist ein Zusammenschluss von Verwaltungsportalen zur gemeinsamen Nutzung von bestehender Infrastruktur und Anwendungen. Die Kommunikation zwischen den Portalen erfolgt über das Portalverbundprotokoll (PVP).